

Neue Munition im Fremdsprachenstreit

Abstimmung Am Wochenende sprach sich das Zürcher Stimmvolk für zwei Fremdsprachen auf der Primarstufe aus. Ob das deutliche Resultat Signalwirkung für die bevorstehende Luzerner Abstimmung hat, ist Ansichtssache.

Ismail Osman
ismail.osman@luzernerzeitung.ch

Mit deutlichen 60,8 Prozent wurde die Zürcher Fremdspracheninitiative an der Urne ohne Wenn und Aber abgelehnt. Somit wird in Zürich weiterhin sowohl Französisch wie auch Englisch auf der Unterstufe unterrichtet (Ausgabe von gestern). Das Resultat kann man aus Luzerner Sicht nicht ignorieren – über das hiesige Pendant zur Initiative, welche den Unterricht einer der beiden Fremdsprachen auf die Sekundarstufe verlegen möchte, wird im September an der Urne befunden.

Entsprechend blickten sowohl die Luzerner Initianten wie auch die Regierung nach Zürich. Aus dem Resultat ziehe man jedoch verschiedene Schlüsse.

Die Botschaft deutlicher überbringen

Annemarie Bürkli, Präsidentin des Luzerner Lehrerinnen- und Lehrerverbandes und Mitglied des Initiativkomitees «Eine Fremdsprache auf der Primarstufe», kommentiert das Resultat so: «Es zeigt, dass das Volk die Idee nicht grundsätzlich ablehnt. Allerdings schreckte die von der Zürcher Regierung angekündigte Abschaffung des Frühenglisch ab, welche fälschlicherweise als generelle Abschaffung des Englischunterrichts aufgefasst wurde.» Dies habe man beim Luzerner Initiativkomitee bereits vor dem Zürcher Abstimmungsresultat erkannt. Entsprechend will dieses in den Abstimmungsunterlagen noch deutlicher unterstreichen, dass man für das Erlernen von



Der Streit um den Fremdsprachenunterricht dauert im Kanton Luzern an.

Symbolbild: Keystone/Gaetan Bally (Zürich, 12. März 2015)

zwei Fremdsprachen sei. «Die Frage ist doch: Wie kommt das Kind bis ans Ende der Volksschule am besten zu diesem Resultat?», argumentiert Bürkli.

Das deutliche Resultat aus Zürich habe nicht wirklich Aussagekraft über die Aussichten der Luzerner Initiative: «Im Gegensatz zu Zürich können wir klar ausweisen, wie schlecht das heutige Fremdsprachenkonzept funktioniert.» Sie verweist auf die Fremdsprachenevaluation der Bildungsdirektorenkonferenz

Zentralschweiz (BKZ), welche aufzeigt, dass der Anteil der Achtklässler, die im Französischunterricht die Lernziele erreichen, bedenklich tief ist. So erfüllen beim Sprechen nur 3,4 Prozent der Schüler die Vorgaben, beim Schreiben sind es rund 37 Prozent (wir berichteten). «Wir können belegen, dass hier viel Steuergeld für ein nicht funktionierendes System verlohnt wird.»

Bildungsdirektor Reto Wyss sieht im Zürcher Abstimmungsresultat jedoch eine Bestätigung

des 3/5-Modells (in Luzern wird ab der 3. Primarstufe Englisch, ab der 5. Französisch unterrichtet): «Es ist sicher ein klares Signal nach Luzern. Wie in Zürich wollen wir auch hier keine Inselösung, schon gar nicht mitten in der Zentralschweiz.» Wyss verweist darauf, dass das Modell mit zwei Fremdsprachen in der Primarschule heute in 23 Kantonen umgesetzt wird. Dagegen halten Befürworter der Initiative, dass Luzern im Gegensatz zu Zürich nie dem Harnos-Konkordat bei-

getreten ist. Deshalb sei man auch nicht angehalten, seine Lehrpläne den anderen Kantonen anzugleichen. Im Abstimmungskampf werde dies keine massgebende Rolle spielen, kontert Wyss: «Die Entscheidung liegt in der konkreten Frage: Wollen wir weiterhin zwei Fremdsprachen in der Primarschule oder nicht?» Auch Wyss sieht beim Französischunterricht Handlungsbedarf: Nebst einer zusätzlichen Wochenlektion soll auch ein neues Lehrmittel eingeführt werden.

Rückenwind für den Lehrplan 21

Bildung Die Vorbereitungen für die Einführung des Lehrplans 21 laufen im Kanton Luzern auf Hochtouren. Im kommenden Schuljahr wird der neue Lehrplan in einer ersten Etappe auf der 1. bis 5. Primarstufe eingeführt. Allerdings wurde vergangenes Jahr die Initiative «Bildungsreformen vors Volk» eingereicht, welche unter anderem die Legitimation der Einführung des Lehrplans 21 in Frage stellt. Gleiches ist auch in anderen Kantonen ein Thema: Am Sonntag wurde im Kanton Solothurn die Initiative «Ja zu einer Volksschule ohne Lehrplan 21» mit einem Nein-Stimmenanteil von 66 Prozent deutlich abgelehnt. Zuvor wurden ähnliche Initiativen in diversen anderen Kantonen verworfen.

Gemäss Bildungsdirektor Reto Wyss ist die Botschaft der Regierung in Erarbeitung. «Vorgesehen ist, dass sie im Sommer vom Regierungsrat verabschiedet und dann dem Kantonsrat zur Beratung vorgelegt wird.» 2018 wird dann die Volksabstimmung stattfinden. Dann gilt der neue Lehrplan aber bereits. «Die Botschaft der Regierung wird aufzeigen, dass Änderungen in beiden Bereichen, sowohl beim Lehrplan 21 wie auch bei den Fremdsprachen, bei einer Annahme der Initiativen grössere Reformen auslösen würden, weshalb diese erst in etwa fünf bis sechs Jahren realisierbar wären», sagt Wyss. (io)